

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Druckerlohn.

Abonnate müssen bis Montagmittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Einzelpreis beträgt 80 Pf. für die gehaltene Zeitstelle. Der Beitrag ist im voraus zu entrichten.

M. 17

Sonnabend, den 23. April

1916

## Die Vertragung.

Die Beratung der Tabaksteuervorlage in der Steuerkommission ist bis nach den Osterferien, also bis zum Mai, vertagt. Es wird somit nach dem Plane des Zentrums, den der Abg. Spahn in der Plenaritzung bekannt gab, in der die erste Lehre der Steuervorlagen sich vollzog, verfahren. Erst solle man sehen, was aus den andern Steuern herauszuholen wäre, ehe man an die Besteuerung des Tabaks heranginge, hieß es. Und nun doxtort die Steuerkommission an den andern Steuerentwürfen herum, bringt auch neue in Vorschlag.

Ob nun die Kommission so viele Steuern vor Ostern zusammenbringt, daß es nach Ostern auch nicht nötig wird, über die Tabaksteuer zu beraten? Das zu erwarten sind wir nicht genug veranlagt; besonders in Steuersachen hegen wir ein starkes Misstrauen. Uebrigens sind die Dinge in der Steuerkommission noch so im Unklaren, daß schon aus diesem Grunde aller gute Glaube schwunden muß. Zugem steht fest, daß die Regierung nur unter äußerstem Zwange auf die Besteuerung des Tabaks verzichten würde. Auch steht der Annahme eines glimpflichen Verfahrens mit dem Tabak die Tatsache gegenüber, daß die Unterhandlungen zwischen Interessenten, d. h. den großen Machern und der Regierung, besonders auch mit Unterhändlern der Zigarettenindustrie fortlaufen. Es wird sich dabei höchstens um Abweichungen und Abstufungen handeln.

Freilich, in der Tabakindustrie regt sich der Widerstand gegen die horrende Rupfung, die dem Tabak von der Regierung zugesetzt ist, immer mehr. Dabei trifft auch der Zwist zwischen den kleinen, mittleren und größeren Unternehmern der Zigarettenindustrie stärker zutage. Bis nach Ostern hoffen bemüht auch die abgeordneten Stresemann und Graf Westarp, die schnell fertig waren mit der Tabaksteuer, und sich dabei auf die Zustimmung der Tabakindustriellen beriefen, genügend Zeit, sich darüber zu informieren, daß es nur die wenigen Großen sind, die aus den von uns in voriger Nummer des Tabak-Arbeiter geschilderten Gründen für die schnelle Einführung der Hessischen Projekte sich ins Zeug gelegt haben, während die große Zahl der andern Interessenten gegen die ihrer Existenz drohende Gefahr energisch protestiert. Aber diese Information würde wohl bei diesen Tabaksteuerwütigeren nichts nützen.

Der Schatzsekretär jedoch braucht sich über diese Situation in der Tabakindustrie bis zur Beratung der Vorlage nach Ostern nicht erst zu informieren, er kennt die Absichten der Großen, die auf eigne Faust handelten, bereits seit Beginn des Krieges mit ihnen. Für ihn kann sich nur darum handeln, wie sich die ausschlaggebende Partei zu dieser Situation stellt.

Ob das Zentrum seiner im Plenum an den Tag gelegten Fürsorge, daß man nur sehr vorsichtig an die neue Besteuerung des Tabaks herangehen solle, bis nach der Vertragung des Reichstages treu bleiben wird? Diese Frage interessiert den Reichsschatzsekretär mehr als uns. Wohlgemerkt: Gewiß wünschten wir, das Zentrum möchte die heiße Lage, in die die Tabakindustrie durch die Steuern von 1909 und jetzt durch den Krieg versetzt worden ist, so erkennen und würdigen, daß es jeden Schlag gegen die Industrie, der ihr durch neue Steuern zugesetzt ist, abwenden will. Es hat die Möglichkeit dazu. Mit der Sozialdemokratie würde es allein eine Mehrheit gegen die Tabaksteuer bilden. Aber seine Stellung ist gleich von vornherein vom Abg. Spahn so dargelegt worden, daß es Selbstläufer wäre, zu glauben, es wolle überhaupt keine höheren Steuern auf Tabak.

Nun kann das Zentrum sich für den Schatzsekretär nur insofern ungünstig verhalten, als es von seiner Vorlage etwas abhandeln will. Sonst pflegten solche Steuerunterhandlungen von bürgerlichen Parteien mit Lautsprechern beschwert zu werden. Ob das Zentrum irgend welche Gegenleistungen für seine Steuerbereitwilligkeit verlangt, wissen wir nicht. In der Regel stellt sich das erst hinterher klar heraus. Jedenfalls wird es auch von der „Neurichtung der inneren Politik“ profitieren wollen.

Ferner bleibt aber unserer Ansicht nach die Frage des Tabakmonopols in der Schwebe. Es ist nicht nur das Zigarettenmonopol, das einzelne Parteien lustern macht. Neben den Konservativen neigt auch ein Teil der National-liberalen dem Monopol zu. Bei der Abwägung der verlangten Steuern nehmen sie auf diesen Streit gegen die Tabakindustrie Bedacht. Ob das Zentrum, wenigstens seine steuerbesetzten Führer, nicht auch gewisse Diversio-nen pflegen, um hinter ihnen den Weg zum Monopol zu ebnen? In dieser kriegerischen Zeit der Verwirrungen läßt sich nicht immer solchen Maßwirkungen nach spüren. Daß der Schlag, den der Schatzsekretär mit seiner

geradezu ungeheuerlichen Vorlage gegen die Tabakindustrie richtet, einen Umsturz in ihr hervorrufen muß, das ist jeden Zweifel.

Wir müßten Einfallspiusel sein, wenn wir, wie andere, glauben oder glauben möchten, nach der Heißblütung des Tabaks solle derselbe künftig ungeschoren bleiben. Dazu haben wir bei früheren Attacken auf den Tabak zu tief in die Karten der Alteute geschaut. Noch hat jeder Schatzsekretär, der unter der Versicherung, diese Schärfung solle die leiste sei, Steuern vom Tabak forderte, wohl gewußt, daß er nicht der letzte Schatzsekretär ist, daß bald nach ihm andere kommen werden, die an seine Versicherung nicht gebunden sind.

Und dann, wie gelagt: Die heimlichen Monopol-schieber in der Tabakindustrie selbst! Na, wir wollen das Kapitel heute nicht weiter spinnen — wir wollen nur keine Illusionen aufkommen lassen darüber, was nach der Vertragung des Reichstages und der Beratung der Tabaksteuervorlage kommt. Sicher nichts Gutes!

## Die Stützen der Regierung.

Die Regierung hat von jenem Augenblick an, als sie sich in die Notwendigkeit versetzt fühlte, für neue Steuern zu sorgen und dabei auf das beliebte Steuerprojekt, den Tabak, zurückam, mit Angehörigen der deutschen Tabakindustrie verhandelt. Sie scheint als die rechtmäßige Vertreterin der deutschen Tabakindustrie (unter Auschluß der Zigarettenbranche) den Deutschen Tabakverein und den von diesem seinerzeit abgesplitterten Westfälischen Tabakverein betrachtet zu haben. Und jene beiden Vereine schenken die Regierung in dem Glauben gelassen zu haben, als ob sie in der Tat in Steuerfragen die Meinung der gesamten deutschen Tabakindustrie hinter sich hätten. Wir wollen annehmen, daß die Leistungen dieser beiden Vereine selbst der Meinung sein möchten, daß in ihren Mandaten der Gesamtwillen der Unternehmerschaft liege. In bezug auf die Tabakarbeiterenschaft und deren Stellung hat man sich wohl weiter keine Sorgen gemacht.

Um reinen Wein zu bekennen, wäre es für den Tabakverein naheliegend gewesen, sich zunächst einmal der Aussöhnung seiner Mitglieder zu versichern. Doch es ist nicht unsere Sache, uns in die häuslichen Angelegenheiten der Fabrikantengesellschaften einzumischen. Auf keinen Fall aber durfte die Regierung über die Stellung des größten Teils der Angehörigen des Tabakgewerbes im Zweifel sein, und sie hätte nach unserem Dafürhalten sich entweder selbst bei allen Interessengruppen erkundigen oder den Herren vom Tabakverein die Frage vorlegen müssen, ob und wieviel sie zur Abgabe einer Erklärung für eine höhere Besteuerung des Tabaks legitimiert seien von der Industrie. Soll man nach dem urteilen, was man nun erlebt, so ist wohl nicht zu bezweifeln, daß der Reichsschatzsekretär nach den Verhandlungen mit den Herren der beiden Tabakvereine anzunehmen berechtigt war, daß die gesamten Interessenten der Tabakindustrie mit einigen Ausnahmen für eine Steuererhöhung wohl eher übel zu haben seien. Es ist sogar wahrscheinlich, als habe der Reichsschatzsekretär sogar die Bereitwilligkeit der Tabakarbeiterenschaft, neue Steuern zu schlucken, angenommen. Nur ist alles anders gekommen! Zugegebenermaßen muß wohl, daß ein großer Teil der Fabrikanten aller Branchen mit Rücksicht auf die durch den Krieg gestaltete Finanzlage des Reiches einen Vorstoß zur Höherbelastung des Tabaks erwartet hat, daß man auch wohl geglaubt hat, um eine mögliche Belastung nicht herumzukommen und daß ein Widerstand dagegen so gut wie nutzlos sei. Aber die leitenden Herren der beiden Tabakvereine wußten, was kommen sollte; sie haben an der Festlegung der neuen Sätze positiv mitgearbeitet; sie kannten die Verhältnisse in der Industrie sehr genau, besser als sie der Reichsschatzsekretär kannte, sie also hätten zur Besinnung kommen und sich fragen müssen, falls sie im Interesse der gesamten Industrie zu handeln glaubten, ob die gesamten Interessenten des Gewerbes unter solchen Umständen mitmachen würden, ob nicht ein Sturm gegen eine solche Vorlage zu erwarten sei. Vor allem aber hätte man dem Reichsschatzsekretär gegenüber Gedanken nach dieser Richtung hinzuhalten sollen. Die Herren wußten doch, wie man sich bisher in der Industrie zu den Steuerfragen stellte, sie kannten auch die bereits bestehende hohe Belastung und sahnen die normalen Produktions- und Handelsverhältnisse im deutschen Tabakgewerbe. Wenn auch den führenden Herren in den beiden Tabakvereinen das großindustrielle Interesse am nächsten lag, so hätten sie mindestens die allgemeine Zustimmung der Tabakinteressenten in Zweifel ziehen müssen, damit der Reichsschatzsekretär sich auch anderweitig zu erledigen Gelegenheit nehmen konnte.

Der Reichsschatzsekretär und die Regierung befinden sich also in einem schweren Dilemma, wenn sie glaubten, daß gesamte Tabakgewerbe werde die neuen Steuern annehmen. Die Stützen der Regierung, als die sie die beiden Tabakvereine ansahen durfte, sind total zusammengebrochen. Nur ein Häuflein der Mitglieder ist übrig geblieben; nur einige Großindustrielle stellen sich hinter die Vorlage. Ebenso geht es in der Zigarettenindustrie. Hier dort eine Abhängigkeit nach der anderen, zum Teil aus dem Grunde, weil die „schwesterliche“ Zigarettenindustrie ihrer positiven Steuerinitiative einen langgehegten Wunsch erfüllt sieht, indem die ihr lästige Konkurrenz der Zigaretten durch hohe Steuersätze künftig sehr beschränkt wird.

In den letzten Nummern des Tabak-Arbeiter sind die verschiedenen Klundgebungen der Fabrikanten gegen die Vorlage und damit auch gegen die Stellungnahme der führenden Herren in den beiden Tabakvereinen registriert, zum Teil wörtlich wiedergegeben worden. Nun kommt noch der wichtige Verein der Zigarettenfabrikanten von Hamburg-Altona dazu, der sich ebenfalls gegen die Steuer erklärt hat und sie auf später verschoben wissen will. Wie unter den westfälischen Fabrikanten gilt gegen die Steuer, ist an einer andern Stelle dieses Blattes nachzuleben. Nun soll allerdings anerkannt werden, daß ein Teil der Opponenten durch die gewaltige Summe, die erneut gefordert wird, abgeschreckt worden ist während ein anderer Teil den ebenfalls angesetzten Kriegslasten mit einer höheren Besteuerung des Tabaks rechnet, die ganze Steuerfrage bis nach dem Kriege vertagt wünscht. Weite Kreise der Tabakindustrie jedoch stehen auf dem Standpunkt, daß die Steuerübel nur wahrhaftig genug sind, und daß deshalb diese Vorlage entschieden abzulehnen ist. Hierzu gehören nicht nur die Tabakarbeiter, sondern auch sehr viele Fabrikanten, vor allem natürlich die kleinen und mittleren, andererseits magen sich in Freudenfeiern erneut Gedanken gegen die Art der Besteuerung beworben, und zwar ebenfalls gegen den Willen der führenden Herren von den Tabakvereinen, die auch nach dieser Richtung bei der Regierung an die Hand gingen. Also noch einmal: Die Regierung steht mit ein paar Herren vom Deutschen und Westfälischen Tabakverein allein auf dem Platz. Wenn man auch in der großen Versammlung am 29. März in Berlin die Opposition breitshlagen und reißen wollte, so dem Wirtswart, was zu reißen war, so ändert das an den Situation nichts. Im Gegenteil ist gerade diese Versammlung selbst und das, was sich an ihren Verhandlungen anschließt, geeignet, das Zusammenbrechen der Regierung, die Tabakindustrie würde hinter den Veratern der Regierung, erst recht deutlich zu zeigen.

So kommt man denn zu der Frage: Wie unter solchen ungünstigen Umständen die Regierung ihre Position aufrecht erhalten? Wird sie, nachdem sie gescheit, doch sich täusche, als sie in der Mitarbeit einiger Herren des genannten Vereins ein Zugeständnis der gesamten Industrie sah, nunmehr einsehen? Mit zweifeln. Aber noch eine andere Frage: Wird der Reichstag, dem doch die Vorlage in der falschen Voraussetzung überreicht wurde, daß fast die ganze Tabakindustrie nichts dawider hätte, nunmehr, nachdem die Stützen der Regierung zusammengebrochen sind, die Tatsachen besser prüfen? Wird der Reichstag den Willen einiger Herren aus der Tabakindustrie oder wird er dem Wunsch fast der gesamten Interessenten entsprechen und die Vorlage ein für allemal ablehnen? Der Gründe hierfür sind wahrliebendlich genug vorhanden.

## Aus dem westfälischen Tabaklandkreis.

Die Steuervorlage hat die Einigkeit unter den Fabrikanten arg ins Wanlen gebracht. Am Schätzfest trafen die Differenzen im westfälischen Industriebezirk herauß; doch hat sich vom Westfälischen Tabakverein eine starke Gruppe von Fabrikanten abgespalten und die Vereinigung, genannt „Westfälische Tabakindustrie“ errichtet. Über die Vorgänge, wie sie sich dort abspielten, teilen die „Bewegten Tabak-Zeitung“ folgendes mit:

Am 22. Juni 1915 fand in einer Generalversammlung des W. T. V. die erste Versprechnahme über die zu erwartende höhere Belastung des Tabaks statt. Das Ergebnis dieser Versammlung war dahingehend: Der Vorstand mögl. in Sühlung bleibt mit dem Reichstag am 1. August 1915 angestellt, ev. mögl. Bestätigung des Reichstags soll erfolgen. Eine Bande role sie unter erschweine die erträglichere Form der Besteuerung, weil dann die Belastung erst erfolge, wenn die Waren aus der Fabrik hinausgingen.

Am 2. Juli 1915 fand eine Generalversammlung des W. T. V. statt. Dort erklärte der Vorsitzende des W. T. V.

**Herr Kommerzienrat Steinmeister-Bünde:** Die Stellungnahme in Westfalen ist eine erheblich andere als 1909. Es herrscht die Ansicht, daß man mit der Regierung in Verhandlungen treten müsse. Herr Senator Biermann erläuterte die bei seiner augenscheinlichen Stellungnahme besonders bemerkenswerte Ansicht: Sicherlich müsse jedes Mehrbelastung des Tabaks dem Gewerbe außerordentlich schwere Zeiten bringen. Wie jeither beständige Erfahrungen wirken auf der Straße bleiben und die die neuerdings überlebenden Unternehmungen würden große Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Am 16. Juli 1915 wurde in einem Artikel des "Blätter der Tagesschau" als das Ideal einer Tabaksteuer die reine Wertsteuer empfohlen. Als Beispiel für die ungerechte Belastung beim jetzigen System diene die nachfolgende Tabelle:

Mittelabat-	Gehaltssatz	Wertzu-	Gehalt-	Belastung im Verhältnis
Preis (Pfd.)	in Pfd.	schlag	befestigung	zum Mittelabatpreis
80		12	54½	181,66
100		40	82½	83,50
108	42½	42½	85	79,78
200		80	122½	61,25
1800		480	522½	43,54

Daraus ergibt sich also klar: Je teurer der Tabak, um so geringer die Belastung.

Am 22. Juli 1915 polemisierte die "Süddutsche Tabak-Zeitung" gegen die "Frankfurter Nachrichten" etwa folgendermaßen: Wir möchten es als einen Ausfluss des zeitweise recht beschränkten Untertanenverstandes bezeichnen, daß manche Tageszeitungen in ihren Meldungen über eine bevorstehende Tabaksteuererhöhung recht waghalsig sind. Ueberrausend im höchsten Grade ist für uns die Behauptung, daß Tabakindustrie die höhere Belastungsfähigkeit des Tabaks nicht bestritten und bereits der Reichsregierung Steuerpläne unterbreitet hätten. Vorsichtig liegt ihnen allen der Wertzoll vom Jahre 1909 noch so schwer im Magen, daß sie schon bei dem bloßen Gedanken an neue Belastungen gleich vor Schrecken werden, geschweige denn in der Lage sind, sich darüber zu äußern, in welcher Höhe und in welcher Form sie diese Belastung zu überwinden vermögen.

Am 26. Oktober 1915 brachte eine neue Generalversammlung des W. T. B. den Umfall von der Bananenölzeit zum Angebot Biermann: 130 M. Zoll, 65 Prozent Wertzuschlag. Ein solcher Gesetzesentwurf, so hieß es, liege fertig im Reichshochamt, an ihm sei nichts mehr zu ändern und die Versammlung möge beschließen, was sie wolle; so viel dem die Versammlung beimentsprechend war! In einer vorausgegangenen Vorstandssitzung soll beschlossen worden sein, an dem Gedanken der Bananenölzeit festzuhalten. Das wurde der Versammlung verschwiegen. Dagegen schenkte man sich nicht, später zu behaupten, der Vorstand sei sich treu geblieben, ihm wäre die Zustimmung zu dem Angebot Biermann von der Generalversammlung aufgezogen worden!

In einer Versammlung des W. T. B. am 4. Februar 1916 wurde kurz Bericht über die zu erwartende Tabaksteuer erstattet. Am Tage darauf ging die Denkschrift des "Mitteldutschen Zigarettenfabrikantenverbands" ein, die sich bekanntlich für die Fakturaten in der Steuererklärung auspricht. Dieser Antrag fand allseitig Zustimmung und es kam nun, so zu sagen, Leben in die Sache. Otto H. Dusmann-Bünde, der frankheitshalber an der Oldenburger Versammlung nicht teilgenommen und daher freie Hand hatte, versuchte den verschafften Fäden wieder ins rechte Geleise zu schieben, und zwar auf politischen Wege. Als Vorsitzender des Vereins "Fortschrittische Volkspartei-Bünde" berief er zum 9. Februar eine Vorstandssitzung ein, in der beschlossen wurde, eine Versammlung von Zigarettenfabrikanten unter Umgehung des W. T. B. zu veranlassen.

Diese tagte am 12. Februar als "Westfälische Tabak-Fabrikschule". Unter dem Vorst. des eben genannten Herrn beschlossen dort 45 Firmenvertreter gegen 3 Stimmen folgendes: Die Verfaßung erklärt sich gegen das Wertzollsystem und beantragt die anwesenden drei Vorstandsmitglieder des W. T. B. und Herrn Dusmann, in diesem Sinne beim Vorstand des W. T. B. fortwährend zu werden, von dessen Maßnahmen die weitere Stellungnahme der Versammlung abhängig gemacht werden soll.

Am 21. Februar tagte eine Vorstandssitzung des W. T. B., woje die Herren Otto H. Dusmann, Ed. Lodenring und C. Warmann-Bünde gegeben waren. Es wurde eine neue Generalversammlung des W. T. B. beauftragt und durchgeführt. Diese fand am 7. März statt. Sie verließ völlig zufrieden und gegenstandslos. Es sei nichts mehr zu machen, so hieß es, denn die Vorlage sei bereits im Kabinett angenommen. Anträge durften in der Versammlung nicht gestellt werden; folglich fanden auch keine Abstimmungen statt! Und so blieb alles beim alten. Die Teilnehmer empfanden diese Versammlung als das reine Theaterstück, daß man vom Vorstand veranlaßt hätte, um nach außen hin das Gesicht zu wahren.

Da auf diesem Wege nichts zu machen war, so verließ Herr Dusmann wieder den politischen Zug. Auf seine Veranlassung fand am 8. März eine Zusammenkunft von 24 Tabakunternehmern mit Mitgliedern der Fortschrittischen Volkspartei statt. Von Bünde nahmen daran teil: Otto H. Dusmann und F. Brodschmidt, von Herford: H. Seering. Der Vorst. hatte der Abg. Dr. Biermer, anwesend waren anwesend die Abgeordneten Kopisch, Dove und Ranzow. Der Antrag Dusmanns: Zurückstellung der Tabaksteuer vorlage bis nach Beendigung des Krieges wurde einstimmig angenommen.

Am 15. März berichteten die drei vorgenannten Delegierten über diese Besprechung im Reichstage einer erforderlichen Zigarettenfabrikanten-Versammlung. Mit 32 gegen 1 Stimme sprach man sich dort ebenfalls gegen die Zurückstellung der Vorlage aus. Am 21. März fand wiederum eine Vorstandssitzung des W. T. B. statt. Dazu waren geladen: die Abgeordneten Deichmann, Giel, Nieneberg, Meyer-Herford, Meier-Terrendorf, Woldowitsch, Sielmann, Sütemeyer und Wallbaum, von denen nur Meyer-Herford erschien. Ferner waren geladen die Herren: Redakteur Kuhle-Herford, Parteisekretär Schrey und Seering-Bielefeld, Müller-Herford, Commanu-Düsseldorf und Gauleiter Schlüter-Herford. Den 6 Herren des Arbeitsausschusses der "Westfälischen Tabak-Fabrikschule" und Herrn Alex. Reisen-Kees war die erbetene Teilnahme an der Besprechung versagt worden. In dieser Sitzung wurde nicht beläufig gegeben, daß Tags zuvor die beiden Vorstände mitglied der Eb. Reinboldt und Th. Baster-Bünde ihre Aemter niedergelegt hatten. Die geladenen Herren erklärten sich gegen die Vorlage. Zwischen traten ferner aus dem Vorstand des W. T. B. an: die Herren C. Andree und C. Thiele-Bünde, sowie U. Holle-Lübecke.

Aber das alles scheint den Vorstand des W. T. B. nicht anzusehen. Die Vereinigung der "Westfälischen Tabak-Industriellen", die jetzt über 150 Fabrikanten hinter sich hat, existiert für ihn nicht. Dass fünf Herren aus dem Vorstand ausgeschieden sind, scheint ihn ebenso wenig zu kümmern. Er klammert sich an den Beschluss vom 26. Oktober und redet weiter im Namen des W. T. B., trotzdem er den allergrößten Teil der Mitglieder nicht mehr hinter sich hat.

Auch unsere Mahnungen und Warnungen haben nichts gefruchtet. Wir müssten uns im Gegenteil von den leitenden Herren des W. T. B. tendenziös Entstellung der Tatsachen vorwerfen lassen. Wir richtig wir die Lage beurteilt haben, ergibt sich klar aus der vorhergehenden Schilderung der Tatsachen. Man wird auf die weitere Entwicklung der Dinge gespannt sein dürfen."

## Die Steuer als Ausgleich im Kampfe zwischen Zigarre und Zigarette.

Über dieses Thema bringt die "Tabakwelt", das Organ der Zigarettenindustrien, interessante Ausführungen, die wir unseren Lesern zur Kenntnis bringen möchten. Dabei bitten wir zu beachten, was über die Gehaltsverhältnisse der in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter gesagt wird. Unter normalen Verhältnissen würde man wohl kaum solche Ausführungen wo anders als in den Blättern der Tabakarbeiterorganisationen lesen. Bestehten aber solche Verhältnisse, so sollte es sich die Gesetzgebung voppe überlegen, ob sie eine noch höhere Besteuerung der Tabakindustrie verantworten kann, denn die jetzige Vorlage wird, wie wir schon mehrfach ausgeführt haben, ein neuer Anreiz zur Verlegung der Betriebe und damit zur Verbilligung des Arbeitslohnes sein. Uebrigens sind auch bereits in der Zigarettenindustrie die Anfänge zur Decentralisation der Betriebe zu finden; siehe Dresden Firma Edelstein!

Was den Mangel an männlichen Arbeitern betrifft, so ist er nie und nergends dort zutage getreten, wo Löhne bezahlt wurden, die mit den Löhnen der übrigen gewerblichen Arbeiter einigermaßen übereinstimmen. Das Auffernen immer größerer Massen weiblicher Arbeitskräfte in der Zigarettenindustrie geschieht lediglich der billigeren Arbeitskraft wegen, so daß das Verschwinden der männlichen Arbeiter die Wirkung davon ist. Das Blatt schreibt also:

Es ist jetzt genau zehn Jahre her, als zuerst von einigen Kreisen der Zigarettenindustrie für eine Sonderbesteuerung der Zigarette "gerichtet" wurde und das Schlagwort von dem notwendigen Schutz der Zigarette tatsächlich zu einer steuerlichen Zigarettenbelastung des Zigarettenverbrauchs führte. Das Argument, mit dem man damals auf Regierung und Volksvertretung zu wirken wußte, war in erster Linie die augenblicklich bedrohte Lage der Zigarettenarbeiter, die man mit Vorliebe als eine Armee von Sklaven hinzustellen beliebte, obgleich die Zigarettenindustrie weltweit überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigte und diese bei dem oft empfindlichen Mangel an Arbeitern in immer grüblerem Umfang herangezogen hat.

Zug allem ist das Schlagwort von der angeblich bedrohten Lage der Zigarettenarbeiter heute ebenso wenig verstimmt, wie der Stoff nach einer den freien Wettbewerb erfordern Steuerbelastung des Zigarettenverbrauchs. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß auch die jetzt wieder für die Zigarette in Aussicht genommene neue Belastung in ihrer Höhe auf das direkte Betreiben führender und einflußreicher Zigarettenfabrikanten zurückzuführen ist. Ja, es hat fast den Anschein, als sei die am das Mehrfache höheren Steuerbelastung der Zigarette geradezu der Preis, den eine leitende Gruppe der Zigarettenfabrikation an ihre Zustimmung zu den Enterslüssen der Regierung erfuhr hat.

Es war ein Verdienst des Reichstagabgeordneten Herrn Dr. Stresemann, bei der ersten Lesung des Tabaksteuergesetzes im Reichstag auf die unchristliche Agitation hinzuweisen und Herrn Dr. Eich engegenzustellen, daß es niemals die Aufgabe der Staatsregierung sei, einen längeren Bereichswahl zugunsten eines älteren und mächtigeren zu unterdrücken, daß es sich vielmehr um Konkurrenz handeln dürfe, in der Belastung von Zigarette und Zigarette einer gerechten Ausgleich zu finden.

Man darf Herrn Dr. Stresemann für diese Worte dankbar sein, da jenseits auch die volle Zustimmung aller Parteien des Reichstages gefunden haben werden. Fragt sich nur, wie in der Leistung beider Formen des Staatsgewissens ein wirklich gerechter Ausgleich zu finden ist. Allem Anschein nach werden heute einzelne Parteien des Reichstages in dieser Frage durch einen rein äußerlichen Umstand bestrebt. Man kennt auf einzelnen Seiten einfach zu fragen: Welche Steuer liegt auf einer Zigarette welche auf einem Zigarrett? Und man sieht dabei völlig zu übersehen, daß der Tabakkonsum in Form einer Zigarette durchschnittlich das 10fache des Tabakverbrauchs in Form der Zigarette darstellt, das sich ferner auch im Wert die billige Preislage des Massenkonsums bei Zigaretten und Zigaretten ungefähr in dem Verhältnis von 5 : 1 verhält.

Für den Konsumenten handelt es sich bei allen Formen des Rauchgenusses lediglich um den Tabakverbrauch, und dieser ist bei jeder Zigarette im Durchschnitt achtmal so groß als bei der Zigarette. Zu diesem Verhältnis also müste, um innerlich gerecht zu sein, auch die Steuerlast sich halten, die auf dem gleichen Quantum Zigaretten und Zigaretten ungefähr in dem Verhältnis von 5 : 1 verteilt. Nach bisherigen wurden im Jahre 1913 verarbeitet:

Für Zigaretten 69 600 000 kg. Tabak. Steuertrag 110,15 Mill. M. 66,0  
Zigaretten 18 700 000 "

Schon jetzt also ist der Tabakkonsum in Form der Zigarette dreimal höher belastet, als in Form der Zigarette. Selbst dies Misverhältnis jedoch genügt einem Teile der Zigarettenindustrie noch nicht, der auch die jetzige Gelegenheit zu Fenstern trachtet, der Zigarette wiederum den relativ weit aus größten Teil der Neuverteilung aufzubürden, so daß, wenn die von dieser Seite veranlaßten Steuervorschläge Gesetzeskräft erlangen sollten, der Tabakkonsum in Form der Zigarette rund fünf mal so hoch belastet sein würde, als in Form der Zigarette.

Doch die Mehrheit unserer Volksvertreter ein derartiges Misverhältnis als einen "gerechten" Ausgleich zwischen Zigarette und Zigarette betrachten und danach der schieren Vorlage ihre Zustimmung geben könnte, halten mir für undenkbar. Liegt es zu ales doch wahrsch. auch nicht im Interesse unserer Reichsstädte, gerade demjenigen Zweig des Eigentums die Lebensader zu unterbinden, der schon heute dem Staate verhältnismäßig den weitaus größten Steuerertrag bringt.

Wenn nun demgegenüber von Seiten der Zigarettenindustrie die allerdings weit größere Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte ins Feld geführt wird, so mag hier die Gelegenheit sein, einmal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, wie irreführend dieser Hinweis ist. Allerdings ist es richtig, daß die in der Zigarettenindustrie gezahlten Löhne zu den niedrigsten gehören, die von irgend einem deutschen Gewerbe gezahlt werden. Woran aber liegt dies? Einfach daran, daß die Zigarettenindustrie fast durchweg röne Maschinen oder sonstige umfangreiche Einrichtungen arbeitet, daß sie ihre Betriebe und Werkstätten daher leicht verlegen kann und deshalb von altersher zur Decentralisation, zum Filialwesen und zum Aussuchen der billigsten Arbeitsmöglichkeit neigt. Wo immer auf dem flachen Lande die Arbeitskräfte am billigsten sind, dorthin wendet sich die Zigarettenindustrie mit der Einrichtung von Filialbetrieben.

Dieses Weltbewußtstreben nach den billigsten Arbeitsmöglichkeiten, die Konkurrenz der niedrigst entlohten Landbedöllertung ist es, daher auch — und zwar ausschließlich — die bei in den Städten gezahlten Löhnen, aus denen sich die Fabrikation mehr und mehr zurückzieht, auf einem so niedrigen Niveau erhält, und jeder Verbesserung der Lage der Zigarettenarbeiter entgegenwirkt.

In der Zigarettenindustrie liegen die Verhältnisse umgedreht. Sie neigt der Natur ihrer Arbeit nach zur Betriebskonzentration, so daß auch die größten Firmen, selbst wenn sie zeitweilig auswärtige Filialen errichten, doch immer wieder dahin streben, ihre gesamte Produktionsarbeit unter einem Dache, und zwar an ihrem Domizil, zusammenzufassen. Aus diesem Grunde sollte bei der Zigarettenindustrie der Weltbewerb der billigen Arbeitslöhne des flachen Landes fort, stehen die von ihr gezahlten Löhne wesentlich über denen der Zigarettenindustrie.

Die hier kurz dargelegten Verhältnisse bringen es aber auch mit sich, daß die Ziffern der Arbeitslosenstatistik in der Zigarettenindustrie stets mit Vorsicht aufgenommen werden müssen, da sie nie ohne weiteres einen Schlüß auf den wirklichen Beschäftigungsgrad des Gewerbes zulassen. Deutlich, wo eine leichtbewegliche Industrie stets nach den billigsten Arbeitsgegenden strebt, wird es stets eine unvermeidliche Folge sein, daß selbst bei regstem Geschäftsgang Arbeitskräfte in weniger vortheilhaftem Gegenden überschwänglich werden. Ja, im ganzen muß die fortwährende Abwanderung der Zigarettenindustrie aus den Städten, wo heute selbst sehr große Fabriken nur eine geringe Anzahl von Arbeitskräften für Sortiererei, Verpackung usw. beschäftigen, Jahrzehntelang in den Ziffern der Arbeitslosenstatistik ein falsches Bild der tatsächlichen Beschäftigungsgrade des Gewerbes gegeben haben.

Nach einer Richtung hin werden übrigens die Löhne nachwollungen der Zigarettenindustrie in nicht fernere Zeit ganz sicher eine besondere Überraschung bringen. Sie werden zeigen, daß alles, was man in den letzten Jahren von Produktionsverminderungen gerichtet hat, ettel Spiegellichter war und daß die Produktionsziffer der Zigarettenindustrie gerade in dieser Zeit einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Auch aus diesem Grunde wäre es besonders zu wünschen, daß über die Neuordnung der Tabaksteuerung erst dann Beschluss gejaht würde, wenn die genauen Ziffern über den mächtigen Aufschwung, den die Zigarettenindustrie während des Krieges erfahren hat, der Öffentlichkeit vorliegen.

## Rundgebungen der Tabakarbeiter.

Im Ganzen Berlin wurde in folgenden Orten zur Tabaksteuerung Stellung genommen: Berlin, Dahme, Finsterwalde, Fürstenwalde, Frankfurt a. d. O., Guben, Järlitz, Jüterbog, Spremberg und Trebbin. Die Versammlungen waren meistens gut besucht. Lediglich wurde lebhafte Protest gegen jede weitere Besteuerung des Tabaks erhoben. In allen Versammlungen wurde eine dementsprechende Resolution angenommen und an den Reichstag gesandt. Die Berliner Resolution ist bereits im Tabak-Arbeiter veröffentlicht. Die in den übrigen Orten beschlossenen Resolutionen bedenken sich mit der Betrüger, nur daß zum Schluss die Regierung aufgefordert wird, falls dennoch eine Steuererhöhung eintrete, wenigstens eine Form zu wählen, welche die Tabakarbeiterchaft nicht so sehr zu schädigen geeignet ist, wie die gegenwärtige; ebenso wird gefordert, daß für den Fall der Annahme einer höheren Besteuerung, das Reich die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter genügend unterstützen möge.

In Freiberg i. S. referierte am 8. April der Kollege Dr. Franz-Dresden über die geplante Tabaksteuer und ihre Wirkung auf die Tabakarbeiter. Die Ver-

Jamming protestierte und schloß sich einstimmig der in Hamburg-Altona gefassten Resolution an.

In einer am 16. April in Lübeck stattgefundenen Versammlung sprach Kollega Tiedemann. Auch dort wurde zum Protest die Hamburg-Altonaer Resolution einstimmig angenommen.

Die Tabakarbeiter von Osterholz-Scharmbeck erhoben am 16. April nach einem Referat des Kollegen Niendorf einstimmig unter Annahme folgender Entschließung Protest gegen die Steuererhöhung:

Die am 16. April in Osterholz-Scharmbeck versammelten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen erheben Protest gegen die geplante Erhöhung der Tabakabgaben, ausgehend von der Tatsache, daß die Tabakindustrie bereits mit außergewöhnlich hohen Steuern belastet ist. Alle früheren Belastungen haben insbesondere die Tabakarbeiter schwer getroffen. Arbeitslosigkeit und Verdienstminderung haben ihrer ohnehin schlechte Lebenshaltung noch mehr verschlechtert. Es erachtet deshalb als sicher, daß auch die geplante Steuererhöhung die Lage der Tabakarbeiter erheblich schädigt, namentlich wenn man die Beurteilung aller Lebensmittel berücksichtigt. Unzweckhaft wird die geplante Steuer, wenn sie gelegt wird, eine starke Einschränkung des Tabakkonsums herbeiführen. Wenn dann in Betracht gezogen wird, daß während des Krieges zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie neu angelernt wurden und daß auch die zuerst im Heeresdienst stehenden Tabakarbeiter zurückkehren, so ist vorausichtlich nach dem Kriege auch schon ohne Steuererhöhung eine starke Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Für den Fall, daß dennoch die Erhöhung der Tabakabgabe beschlossen wird, fordert die Tabakarbeiterchaft vom Reichstag die dringende Unterstützung aller geschädigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Tabakarbeiterforschung ist nicht imstande, weitere Einschränkung ihrer Lebenshaltung zu ertragen.

## Bewilligte Lohn- und Teurungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg: Verhandlungen mit der Großfirma aufsagegesellschaft Deutscher Konsumvereine führte dazu, daß der mit dem Verbande abgeschlossene Tarif, der am 1. Mai d. J. abläuft, bis zum 1. Mai 1917 verlängert wurde, dafür werden vom 1. April d. J. ab allen Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigarrenbetriebe in Hamburg, Frankenberg und Hockenheim Teurungszulagen von 10 Prozent bis zum Ablauf des neuen Tarifjahres gewährt. Erwähnt sei hierbei, daß die Leitung der G.-G.-G. den eingezogenen Tabakarbeitern resp. deren Familien von Beginn des Krieges an Unterstützungen in einer Höhe zahlte, wie keine andere Firma der Branche. Zum Heeresdienst eingerufene verheiratete Arbeiter erhalten den Lohn für vier, ledige für zwei Wochen gezahlt. Die Frauen der Einberufenen bekommen fortlaufend pro Monat 24 M., Kinder unter 15 Jahren 9 M. monatlich. Alle Einberufenen sind bei der "Vollfürsorge" versichert und zwar Verheiratete mit 6, Ledige mit 3 Anteilen a 5 M. Die Krankenversicherungsbeiträge werden für die Einberufenen vom Geschäft weitergezahlt. Rechnet man nun noch die Zuschüsse an Arbeitslosenunterstützung, die die G.-G.-G. ihren Arbeitern nach Ausbruch des Krieges zahlte, hinzu, so ergibt sich, daß die angeführten Leistungen vom 1. August 1914 bis Ende 1915 für die in diesem Zeitraum einberufenen 165 Tabakarbeiter resp. deren Familien zusammen 126 409,73 M. betrugen. Außerdem erhält jeder Einberufene wöchentlich ein Feldpostpaket mit 18 Zigaretten, sowie die "Konsumgenossenschaftliche Rundschau" zugesandt. Weihnachten erhielten sie größere Pakete mit Lebensmitteln, Haushaltstüchern und diversem.

Worsteich (Oldenburg). Die Firma C. Schwoartzing u. Sohn erhöhte eine Sorte um 1 M., alle übrigen Sorten um 50 S. pro Mille.

Braunschweig. Die Firma Joh. Carl Frey u. Schüttig erhöhte die Teurungszulage von 5 auf 10 Prozent. Die Firma Ludwig Maclens hat die bisherige Teurungszulage von 5 Prozent fallen lassen und erhöhte dafür die Löhne um 15 Prozent.

Nordhausen. Die Großfirma aufsagegesellschaft Deutscher Konsumvereine bewilligte in ihrer hiesigen Raubtabakfabrik folgende Teurungszulagen: für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen 5 Prozent, für Verheiratete mit bis zu 3 Kindern 7½ Prozent und für die, die mehr als 3 Kinder haben, 10 Prozent.

Waldkappel. Die Firma F. Höckenheimer u. Söhne bewilligte eine Teurungszulage von 5 Prozent für alle Arbeiter außer den Juristen.

Hannover. Die Firma Cellermann u. Holste, die im Herbst die Löhne pro Mille um 50 S. erhöhte, bewilligte nunmehr auf eine Eingabe der Gauleitung eine Teurungszulage von 5 Prozent.

Gießen. Die Firma v. Fiegen bewilligte endlich nach mehreren Eingaben eine Lohnzulage von 10 Prozent.

Mühlheim a. M. Die Firma Gründemann u. Altschul hat die Lohnzulage von 10 auf 15 Prozent erhöht.

Hainstadt. Die Firma Röhrig hat die Lohnzulage von 5 auf 10 Prozent erhöht.

Klein-Strehenburg. Die Firma Stein u. Co. hat 5 Prozent Teurungszulage und je 20 S. für Zigaretten und Widel Lohnerhöhung pro Mille bewilligt.

Würzburg. Die Firma J. Schütter erhöhte die Zulage von 60 S. bis 2 M. pro Woche auf 1,60 bis 4 M. für alle gelernten Arbeiter. Lehrlinge und Lehrmädchen erhalten zu ihrem Verdienst 60 S. pro Woche. Die Firma L. u. J. Strauß erhöhte die Zulage von 60 S. bis 1,80 Mark pro Woche auf 1,80 bis 2,50 M. Lehrlinge und Lehrmädchen erhalten 60 S. pro Woche. Die Firma L. Kraus erhöhte die Lohnzulage bei einer Sorte um 1 M., alle übrigen Sorten um 50 S. pro Mille. Die Widelmacherlöhne wurden um 30 S. pro Mille erhöht.

Frankenstein. Die Firma Konrad Krebsmeier bewilligte zu der 50prozentigen Teurungszulage auf verschiedene Sorten eine Lohnzulage, so daß nunmehr der Minimallohn für Rollen 6 M. und für Widelmacher 3 M. pro Mille beträgt.

Gießen und Umgegend. In Bieber bewilligte die Firma G. Ph. Gai I übermals 5 Prozent Lohnzulage, es werden nunmehr 10 Prozent gezahlt. In Buchholzfelden bewilligte die Firma J. B. Möll 10 Prozent Lohnzulage. Die Firma Minn u. Cloos bewilligte in der Kästle in

Königsberg 10 Prozent Lohnzulage. In Strubach bewilligten die Firmen Minn u. Cloos und J. B. Möll zu den im vorigen Jahre bewilligten 5 Prozent wieder 5 Prozent Lohnzulage. Auch in Bodenheim bewilligten die Firmen Minn u. Cloos, J. B. Möll und G. P. Geil zu den im Jahre 1915 bewilligten 5 Prozent Lohnzulag abermals 5 Prozent.

Halberstadt. Die Firmen Gothe u. Wendel, Emil Hartmann, E. Hebbel, Kempert, Lindau u. Winterfeld Mahle et al. und Wilke, die bis jetzt 5 und 6 Prozent Teurungszulagen zahlten, haben diese auf 10 Prozent erhöht. Die Firma Wehrens bewilligte zu der Teurungszulage von 6 Prozent eine Lohnzulage von 40 S. pro Mille.

Halle-Zwintschau. Die Firma Louis Alderman bewilligte eine Lohnerhöhung von 75 S. pro Mille. Außerdem bleibt die Teurungszulage von 5 Prozent bestehen.

Schwerin. Die Firma Max Schell erhöhte die Löhne für Rollen von 4,50 M. auf 5 M. und für Widelmacher von 2,30 M. bzw. 2,50 M. auf 3 M. pro Mille.

## Achtet auf den sanitären Schutz!

In der Tabakindustrie ist es mit dem sanitären Schutz noch recht mangelhaft bestellt. Zwar haben wir einige Bundesratsvorschriften über die Einrichtungen in Zigarrenfabriken, und auch für die Hausarbeiter sind Vorschriften erlassen, einige Bestimmungen der Gewerbeordnung kommen ebenfalls in Betracht, aber leider werden diese bescheidenen Vorschriften selbst in Zeiten normalen Geschäftsvergangen manchmal nicht eingehalten. Zieht da nicht genug Zigarren fertiggestellt werden können, wird oft genug über die Vorschriften zum Schutze der Gesundheit erst recht hinwegsehen, zumal die während des Krieges neu angelernten zahlreichen Arbeiterinnen wohl kaum diese Vorschriften kennen. Bei der Schädlichkeit der Arbeit für die Gesundheit müssen die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen aber dringend darauf bestehen, daß die Vorschriften der Gewerbeordnung und des Bundesrats unbedingt eingehalten werden. Geschicht das nicht, so trifft es die Arbeiter und -arbeiterinnen in der Weise, daß ihre Gesundheit und damit ihre Arbeitskraft leidet. Die Fabrikanten werden nicht immer auf der strikten Durchführung bestehen, da es ihnen jetzt mehr als sonst daran liegt, möglichst viele Waren fertig zu erhalten.

Ein Beweis dafür, wie man sich gegen die Durchführung der Schutzbestimmungen wehrt, gibt eine Zuschrift an die "Norddeutsche Zigarren-Industrie" aus Bremen. Es handelt sich dabei um die Hausarbeit und die vom Gewerbeinspektor gesorbte Einrichtung von Trockenapparaten. Ganz allgemein heißt es dann aber:

In jüngerer Kriegszeit wäre es zweitlos angebracht, unter Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse von der Durchführung solcher gesetzlichen Bestimmungen abzusehen, denn die Zigarrenfabrikanten haben gerade jetzt mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen und große Mühe, allen gestellten Anforderungen zu genügen, daß man die strenge Durchführung solcher Verordnungen wohl für die Friedenszeit aufschieben könnte. Denn auf anderen Gebieten geht es doch, ohne daß die Gesetze gurgelt bis auf das Zuspielder esfüllt werden. Jedenfalls sollte man der Industrie ihre arbeitschon außerordentlich schwierige Lage nicht noch mehr erschweren. Wir leben doch nun einmal in einer Ausnahmestadt.

Wir sind der Meinung, daß gerade jetzt, wo die Ausnutzung der Arbeitskraft in der Zigarrenindustrie, auch in der Hausarbeit, einen so hohen Grad angenommen hat, die strikte Durchführung der Arbeitsschutzbestimmungen erst recht notwendig ist. Auch sind die Fabrikanten jetzt mehr denn je in der Lage, die erforderlichen Kosten dafür tragen zu können. Von der Arbeiterschaft aber liegt es, auf der Durchführung ernsthaft zu bestehen.

## Die Entwicklung der Frauenarbeit.

Zur Frage der Frauenarbeit während des Krieges und nachher hat Genossin Louise Biegel eine Schrift herausgegeben, in der sie die Frauenarbeit und ihre Bedeutung von mehreren wichtigen Gesichtspunkten aus behandelt. Direkten Anlaß dazu gab die starke Zunahme der Frauenarbeit während des Krieges. Sie stellt fest, daß die letzten sieben Jahre vor dem Kriege keinen so starken Zuwachs der Frauenarbeit gebracht haben, wie die eineinhalb Jahre des Krieges. Nach den Angaben des Reichsarbeitsblattes ist im Laufe des ersten halben Jahres 1915 die Zahl der weiblichen Industriearbeiter um mehr denn eine halbe Million gestiegen.

Aber auch in der Landwirtschaft ist die Zunahme der Frauenarbeit eine außerordentliche. Wenn man selbst Gelegenheit hatte, sich auf dem platten Lande umzusehen, fand man das bestätigt. Nicht nur, daß in größeren Betrieben die "Knechte" durch weibliche Arbeiter ersetzt wurden, in den kleineren Betrieben, wo die Männer zum Kriegsdienst eingezogen wurden, müssen die Frauen mit Hilfe unerwachster Kinder den Betrieb instand halten. Trotz der Verwendung Kriegsgefangener in Großbetrieben ist die Zahl weiblicher Tagelöhner stark angewachsen.

Auch im Handel und Verkehr dominiert die Frauenarbeit in allen möglichen Stellungen. Es gibt fast keinen Beruf, in dem nicht Frauenarbeit mitwirkt. Um hervorzuheben zeigt sich die Umtäzung der Ansichten über Frauenarbeit durch ihre Zuversichtnahme für die Kriegsindustrie. Genau Zahlen über den Umfang der Frauenarbeitsarbeit liegen zwar noch nicht vor, aber die jetzt bekannten lassen auf ungeahnte Zunahme schließen. Nicht zu gedenken berer, die nach der Einberufung des Mannes die Leitung des eigenen Geschäfts resolut übernommen.

An diese Wandlung knüpft die Verfasserin folgende Schlussfolgerung:

"Nachdem aber die Fähigkeit und Leistungsfähigkeit der Frauen auf den neuen Arbeitsgebieten erprobt und damit die gewaltige, bisher unerschlossene Kraft- und Profitquelle erkannt worden

war, erfolgte eine um so stärkerere Herausbildung der Frauen zum Kriegsdienst. War man doch sicher, in der Frauenschafft Crise für die Produktion zu erhalten. Reklamationen wurden weniger aussichtsreich, Abkommandierungen erfolgten seltener. Und die Folge war ein stärkeres Anwachsen der Frauenarbeit.

Für die Arbeiterklasse ist nun die Frage von größter Bedeutung, ob diese starke Verwendung der Frauenarbeit auf allen Gebieten mit dem Kriege ihr Ende finden oder im Frieden fortgeführt wird. Von nicht geringerer Bedeutung ist diese Frage für die Volksirtschaft, ja für unsere soziale und politische Gesamtweltbildung. Aber so wichtig diese Frage ist, so schwer ist eine zuverlässige Antwort."

In Rücksicht auf diesen Schluß meint Louise Biegel nur von einer "wahrcheinlichen Entwicklung" der Gestaltung der Dinge nach dem Kriege reben zu dürfen. Die Ansichten gehen über diese Entwicklung weit auseinander. Richtig sagt sie, in Gemeinschaftsstreiken glaubt man, daß man mit der stärkeren Verwendung der Frauenarbeit als mit einem feststehenden Faktor rechnen und danach seine gewerkschaftliche Taktik einrichten müsse. In der Tabakindustrie, wo die weibliche Arbeitstruppe bereits überwiegt, hat die Kriegszeit das gleiche Resultat, und die bisherige Taktik, mit der Frauenarbeit dauernd zu rechnen, wird auch für die gewerkschaftliche Organisation nur verstärkt. So wird es nun auch in anderen Berufszweigen gehen. Die Frau ist heute im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß unentbehrlicher als je zuvor."

Eine Reihe von Momenten machen für die Arbeiter überhaupt die Frauenarbeit zu einer Gefahr, nämlich zu der des Lohnabdrucks durch die große Zahl unorganisierter Arbeiterinnen. Brachte der Krieg mehr weibliche Arbeitskräfte zur Verwendung, so tritt an die gewerkschaftlichen Organisationen die Notwendigkeit, die Arbeiterinnen für Organisation anzuhalten, also lebhafte für ihre Einbeziehung zu agitieren. Denn das Interesse des Kapitalismus betreibt die niedrigere Entlohnung der Arbeiterinnen gegenüber den Männern. "Die Reichs- und Landesbehörden," schreibt die Verfasserin, "sind dabei mit bölem Beispiel vorangegangen, während doch nach einem berühmten Wort Staatsbetriebe Mutterbetriebe sein sollten. Post- und Eisenbahnenverwaltungen zahlen den Frauen höchstens drei Viertel des Männerlohnes."

So wird das Interesse des Kapitalismus gewahrt. Daher muß sich die Arbeiterschaft für die kommende Zeit rüsten und alle Kräfte ihrer Klassen zusammenfassen. Der Erfolg darf nicht in Frage gestellt werden durch einen Kampf der Geschlechter untereinander."

Dass nicht schnell und umfassend genug die Organisierung der Arbeiterinnen vor sich geht, schreibt die Verfasserin der mangelnden Einsicht in die Entwicklungstendenzen und der ungünstigen Verhältnisse der Frau für die Arbeiterbewegung zu. Eine starke Auffassung der Dinge müsse Allgemeingut, fester Bestand der Massen werden. Den Frauen müsse genau wie den Männern der Zusammenhang des wirtschaftlichen und politischen Geschehens klar gemacht und ihnen die Erkenntnis ihrer Zukunftsinteressen vermittelt werden. Eine selbstbewußte Arbeiterin werde ihre Abhängigkeit vom Kapital fühlsamer, drückender und schmerzlicher empfinden. Sie wird aber dann um so wirksamer selbst für die Organisierung ihrer Kolleginnen und für die Ziele der Arbeiterbewegung einzutreten. Freilich, Mühe, Müddauer und Energie wird diese organisatorische Tätigkeit verursachen. Über das sind ja die Voraussetzungen aller Agitation. Vor allem muß die Arbeiterin die Gewissheit sich einprägen, daß ihre Organisation ihre "Berufsersterin und Helferin bei der Arbeitsermittlung, aber auch Schutz und Schirm in vielen Noten des Lebens sein wird."

Die Genossin Biegel behandelt dann die Frage, wie Schutz und Entlastung für die erwerbende Frau geschaffen werden müssen; welche Bedeutung die Frauenarbeitsarbeit für die Bevölkerungspolitik habe; wie Erziehungsfragen gelöst werden sollten, und wie die Arbeiterbewegung färbigen Anteil an all diesen Fragen nehmen müsse.

Im Schlussteil stellt sie dann Erwerbsarbeit und Staatsbürgertreue der Frauen nebeneinander, um zu zeigen, wie das geltende Recht mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch steht.

Die wirtschaftliche Entwicklung habe eine Revolutionierung des Frauenebens bereit, wie sie tiefer und folgeschwerer nicht gedacht werden könnte. "Die politischen Kräfte, deren sie nicht befreit, als die vier Wände ihres Hauses ihre Welt umschlossen, sie sind zur notwendigsten Waffe für ihren Kampf ums Brot und ihre soziale Selbstbehauptung geworden, seitdem ihre Arbeit und ihr Leben in der Öffentlichkeit sich abspielt." Alle öffentlichen Angelegenheiten berühren das Leben der Frau um so mehr, je mehr sie selbst mit in den Mittelpunkt der sozialen Aufgaben der menschlichen Gesellschaft gestellt wird. Der Krieg hat dies in immer stärkerem Maße getan. Ein "Zurück" wird es da nicht geben. Deshalb notwendiger auch dieerteilung gleicher Rechte an die Frauen, wie sie den Männern zusteht.

"Mit welcher Begründung sollte auch wohl in der Zukunft den Frauen das Bürgerrecht vorenthalten werden, nachdem sie ihren politischen Befähigungsnachweis so oft erbracht haben? Nachdem, insbesondere während des Krieges, Hunderttausende Frauen die Interessen der Familien, des Geschäfts, allein und meistens mit großem Geschick wahrgenommen, nachdem an gar keinen Beispielen aufgezeigt worden, wie viel leichter eine politisch versierte (aber unbewerte) Frau sich in schweren Lebenslagen durchsetzen kann als eine unerfahrene." Und ihre Mitarbeit in Staat und Gemeinde während des Krieges hat gezeigt, wie die Mitwirkung der Frau als freie Staatsbürgerin unsere Gesamt-Kultur fördern würde. Darin stimmen von der Verfasserin bei, die der Frauenemanzipation und auch der dem Kämpfer durch ihre ganze Tätigkeit kräftig Norddeutschland leistet.

